

Umfrage: Eine Mehrheit befürwortet die 1:12-Initiative

BERN. Das Volk hat genug von den Lohnexzessen der Topmanager: 55 Prozent befürworten laut einer Umfrage die 1:12-Initiative. Doch Experten warnen dringend vor einer Annahme.

Der Bundesrat lehnte diese Woche die 1:12-Initiative der Juso ab – die Bevölkerung sieht das anders: 55 Prozent der Schweizer wollen eine Begrenzung der Managerlöhne im Sinne der Initiative, wie eine repräsentative Umfrage von Demoscope zeigt. Der bestbe-

zahlte Mitarbeiter eines Unternehmens soll also nicht mehr als zwölfmal so viel verdienen dürfen wie der am schlechtesten Bezahlte. Doch Franz Jäger, Wirtschaftspräsident der Uni St.Gallen, warnt vor Kurzschlussfolgerungen: «Eine

Annahme wäre ein Schuss ins eigene Bein: Für Firmen würde es viel schwieriger, hochqualifizierte Arbeitskräfte zu finden, sie würden auswandern und als Folge würde die Arbeitslosigkeit steigen.» Ausserdem dürften die Firmen Wege finden, die Bestimmungen zu unterlaufen: «Das können etwa Spesen oder Zuwendungen sein, die nicht als Lohn deklariert werden», so Jäger. Auch beim Arbeitgeberverband ist man alarmiert: «Ein derartiger Eingriff in die Lohnfindung würde die Hauptsitze internationaler Firmen aus der Schweiz vertreiben», sagt Direktor Thomas Daum.

Dass die Initiative zurzeit dennoch eine deutliche Mehrheit findet, ist laut Politologe

Louis Perron im Gerechtigkeitsempfinden der Leute begründet: «Es ist stossend, dass einige derart hohe Gehälter beziehen, darum scheint das Anliegen vielen unterstützenswert.» Wenn der Abstimmungskampf dann aber laufe und Gegner mögliche Konsequenzen aufzeigten, dürften

die Mehrheiten laut Perron wieder kippen. Juso-Präsident David Roth dagegen glaubt fest an einen Abstimmungssieg: «Die Leute haben genug davon, dass jene Leute, die eine Krise nach der anderen fabrizieren, sich am meisten bereichern.»

DEBORAH SUTTER

FIRMEN MIT DER GRÖSSTEN LOHNSCHERE

1. Antonio C. Quintella (CS), CEO	15 630 000 Mio. (Lohn), (Verhältnis: 1 : 313)
2. Paul Bulcke (Nestlé), CEO und VR-Mitglied	12 355 000 Mio. (1 : 238)
3. Joseph Jimenez (Novartis), CEO	12 919 000 Mio. (1 : 219)
4. Severin Schwan (Roche), CEO	11 951 000 Mio. (1 : 203)
5. Ernst Tanner (Lindt & Sprüngli), CEO und VR-Präsident	9 110 000 Mio. (1 : 200)
6. Carsten Kengeter (UBS), Chairman und CEO Investment Bank	9 321 000 Mio. (1 : 186)
7. Joe Hogan (ABB), CEO	8 011 000 Mio. (1 : 178)
8. Martin Senn (Zurich), CEO	7 291 000 Mio. (1 : 138)
9. Alfred Schindler (Schindler), VR-Präsident	7 418 000 Mio. (1 : 137)
10. Nick Hayek (Swatch), CEO und VR-Mitglied	6 077 000 Mio. (1 : 134)

«Bei einer Annahme geraten Tausende Stellen in Gefahr»

Herr Eichenberger*, was passiert, wenn das Volk die 1:12-Initiative annimmt?

Reiner Eichenberger: Wenn die Wirtschaft und die Industrie solch tiefe Löhne zahlen muss, kann sie qualifizierte Leute nicht mehr entlohnen. Tausende von Arbeitsplätzen geraten in Gefahr, wenn Firmen ihre Hauptquartiere aus der Schweiz abziehen. Zudem entstehen massive Umgehungsprobleme.

Was meinen Sie damit?

Schlechtverdienende werden ausgelagert, damit die tiefen Löhne in der Bilanz nicht zu berücksichtigen sind. Auch Manager können als selbstständige Berater hinzugezogen werden. Oder: Es werden zwar 500 000 Franken Lohn ausbezahlt, dazu kommen aber noch Gratifikationen und andere Zuwendungen.

Zudem werden Manager empfänglicher für Bestechungsgelder.

Können die Aktionäre nicht verhindern, dass Firmen abwandern?



Können ja, aber wollen nicht: Sie sind daran interessiert, viel Geld zu verdienen und den Unternehmenswert zu steigern. Darum wollen auch die Aktionäre, dass die Manager gut bezahlt werden. **sur**

*Reiner Eichenberger ist Wirtschaftspräsident an der Universität Freiburg



Bei der Annahme der 1:12-Initiative würde Antonio Quintella (l.) noch 600 000 Franken, Paul Bulcke (M.) 624 000 Franken und Joseph Jimenez 708 000 Franken verdienen. KEYSTONE